

Die Weltwoche
8021 Zürich
043/ 444 57 00
www.weltwoche.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 52'543
Erscheinungsweise: 50x jährlich

Seite: 28
Fläche: 128'231 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 71120248
Ausschnitt Seite: 1/4



Glanz und Gloria geniessen: Bundespräsident Berset am Hornussen.

Bersets Eiertanz

Bundesrat Alain Berset bleibt merkwürdig still in der Europafrage. Der EU weicht er aus, mit den Genossen will er es sich nicht verscherzen. Am liebsten würde er einfach sein Präsidialjahr geniessen.

Von Hubert Mooser

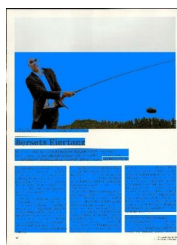
Die Gelegenheit wäre günstig gewesen: Als Bundespräsident Alain Berset in der letzten Septemberwoche an der Uno-Generalversammlung in New York weilte, war auch EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker vor Ort. Und der EU-Botschafter in der Schweiz, Michael Matthiessen, wäre bereitgestanden, um ein Gespräch zwischen Juncker und Berset einzufädeln.

Denn die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über einen Rahmenvertrag drohen zu scheitern. Brüssel verlangt Konzessionen bei den Flankierenden, Korrekturen bei der sogenannten Acht-Tage-Regel. Diese besagt, dass in die Schweiz entsandte Firmen den Einsatz ihrer Mitarbeiter acht Tage im Voraus anmelden müssen. Die EU verlangt auch Abstriche bei der Kautionspflicht für diese Unter-

nehmen. Aber die Gewerkschaften machen hier nicht mit.

Doch aus dem Gespräch wurde nichts: «Keine Zeit», gab Berset Matthiessen zu verstehen. Tatsächlich verspürte der Bundespräsident wenig Lust, mit dem Chef der EU-Kommission ausdiskutieren, weshalb der Bundesrat den Wünschen der Brüsseler Kommissare nicht nachkommen könne.

Lieber traf er sich in New York mit dem iranischen Staatspräsidenten Hassan Rohani oder mit Hilda C. Heine, Präsidentin der Marshallinseln. Hinterher reiste er nach Philadelphia zwecks Austauschs mit Studenten. Das gibt schöne Erinnerungsfotos und vor allem keinen Ärger. In Bern entrüsten sich jetzt aber schon manche über Berset, der seit Anfang 2018 einen grossen Bogen um Brüssel macht. Vielleicht



habe er Angst, dass Juncker ihn küssen wolle, spötteln Politiker – weil Juncker seine Staatsgäste vor laufenden Kameras zur Begrüssung gerne abschmatzt.

Der Freiburger hat sich gut eingerichtet in seinem Präsidentenamt. Er absolvierte einen Staatsbesuch nach dem anderen, jettete von der Architekturbiennale in Venedig zum Papstbesuch nach Genf, predigte vor der Uno-Vollversammlung in New York den hohen Wert, den die Schweiz der internationalen Zusammenarbeit und dem internationalen Recht beimesse. «Eine auf Protektionismus und Egoismus ausgerichtete Politik erschwert den Handel und führt zu Wohlstandseinbussen, Misstrauen und Abschottung», warnte Berset vor der Uno. Er will sich sein Präsidialjahr nicht durch Aktivismus versauen.

Abschreckendes Beispiel Leuthard

Wie es für Bundespräsidenten enden kann, die zu sehr Brüssel zuneigen, konnte Berset 2017 als Vizepräsident der Eidgenossenschaft beobachten. Die damalige Bundespräsidentin Doris Leuthard war mit dem Anspruch angetreten, das Eis zwischen Bern und Brüssel zu brechen. Anfänglich lief es auch gut. Man verhandelte miteinander. Aber nach dem letzten Treffen zwischen der Bundespräsidentin und dem EU-Chefkommissar im Herbst löste sich das allgemeine Wohlgefallen in einen grossen Frust auf.

Ungehalten über die ausbleibenden Fortschritte beim Rahmenvertrag, holte Brüssel zu einem Doppelschlag aus: Zuerst kündigte die EU-Kommission an, die Schweiz komme auf eine Beobachtungsliste, anhand der die EU Staaten brandmarkt, welche Zusagen zur Änderung von Steuerpraktiken noch nicht erfüllt haben. Ausserdem gewährte die Kommission die sogenannte Börsenäquivalenz bloss befristet bis Ende 2018. Konkret: Ein EU-Börsenhändler kann nur mit Schweizer Aktien handeln, wenn die Schweizer Börsengesetzgebung von der EU als gleichwertig anerkannt wird. Leuthard musste damals Schimpf und Schande

über sich ergehen lassen.

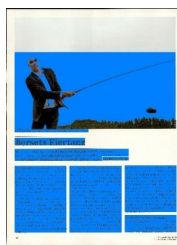
Mediator verzweifelt gesucht

Das will Berset vermeiden, denn inzwischen ist die Situation noch vertrackter. Seit der Tessiner Ignazio Cassis das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) von Didier Burkhalter übernommen hat, weiss man, was mit der dynamischen Übernahme von EU-Recht ganz konkret auf die Schweiz zukommt: zum Beispiel eine Aufweichung der flankierenden Massnahmen, mit denen sich die Eidgenossen gegen unfaire Billiglohn-Konkurrenz aus der EU schützen wollen. Das ist sozusagen der Heilige Gral der Linken.

SP-Vertreter wie Corrado Pardini sagen inzwischen öffentlich, wenn der Rahmenvertrag eine Aushöhlung des Lohnschutzes bedeute, werde man der Landesregierung beim Rahmenvertrag eine Absage erteilen. Die Gewerkschaften wollen nicht einmal über technische Anpassungen reden. Gewerkschaftsbund-Präsident Paul Rechsteiner liess entsprechend Gespräche mit Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann im Sommer platzen. Seither steckt der Bundesrat in einem Dilemma.

Drei Wochen lang stand die EU als Traktandum auf der Agenda der wöchentlichen Bundesratssitzung, ohne dass die Regierung eine Lösung dafür gefunden hätte, wie sie erstens die Gewerkschaften an den Verhandlungstisch zurückholen könnte und zweitens ihnen dann auch Konzessionen beim Lohnschutz würde abringen können. Letzten Freitag trat Aussenminister Cassis vor die Medien – nur um zu sagen, dass man die Verhandlungen mit der EU im Rahmen des bestehenden Mandates weiterverfolge. Gemeint ist damit: Die flankierenden Massnahmen werden nicht angetastet. Damit Chefunterhändler Roberto Balzaretto nicht mit leeren Händen nach Brüssel reisen muss, hat der Bundesrat einen Kohäsionsbeitrag von 1,3 Milliarden Franken beschlossen – als Zeichen des guten Willens.

Aber die Harmonie im Bundesrat ist futsch. Cassis, Schneider-Ammann, Leuthard und



sogar Maurer sind sauer auf den Bundespräsidenten. Er verweigere die Zusammenarbeit beim EU-Dossier, versichern Stabsmitarbeiter anderer Departemente.

Mehrmals sei der SP-Bundesrat von seinen Kollegen aufgefordert worden, als Vermittler zwischen Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und Gewerkschaftsbund-Präsident Paul Rechsteiner aufzutreten, einmal sogar in einem Mitbericht von Finanzminister Ueli Maurer. Die Diskussionen hätten häufig konstruktiv begonnen, aber sobald Berset eine Rolle hätte spielen sollen, stellte der Minister auf stur: «Mal schauen», gab er nur zurück.

Berset eiert herum. Er will es sich nicht mit der EU und seinen Schweizer Sozialdemokraten verderben. Er stellt sich auch taub gegen Forderungen aus dem Parlament. **Der Bundespräsident solle bei den flankierenden Massnahmen seine Rolle wahrnehmen und die Gewerkschaften zu Dialog- und Kompromissbereitschaft motivieren, fordert der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller. Er sei gut beraten, wenn er seine Führungsfunktion wahrnehme.** Die Zürcher CVP-Aussenpolitikerin Kathy Riklin sagt, sie verstehe die Sozialdemokraten nicht mehr. «Die SP will doch in die EU», wundert sich Riklin, «jetzt stehen sie aber auf der Bremse.» Riklin meint vor allem Berset.

Maillard warnt vor Konzessionen

Der Dialog mit den Gewerkschaften dürfte in den kommenden Monaten nicht einfacher werden. Der designierte Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), Pierre-Yves Maillard, steht der EU erfahrungsgemäss etwas kritischer gegenüber als Rechsteiner. «Ich bin zwar nicht gegen ein Rahmenabkommen», sagt Maillard. Aber wenn es darauf hinauslaufe, dass die Schweizer Gesetze auf ihre EU-Tauglichkeit hin gescannt würden, dann könne er dies nicht unterstützen. Gewerkschaften und SP müssten die Löhne der Arbeitnehmer in der Schweiz schützen, sonst drohe ihnen der Absturz in die politische Bedeutungslosigkeit.

Hat dies der Bundesrat begriffen? Laut der letzten Tamedia-Umfrage will fast die Hälfte

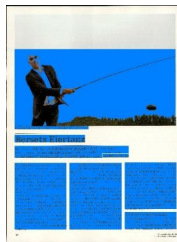
der Teilnehmer keinen Rahmenvertrag mehr. Die Landesregierung hofft aber immer noch, ihr Kollege Berset habe ein Einsehen und helfe beim Dialog mit den Gewerkschaften. Diesen Dialog zwischen den Sozialpartnern predigte er zwar im Sommer 2018 in der *Aargauer Zeitung*. Es gehöre zu unserer gutschweizerischen Tradition, so Berset, «dass wir miteinander reden und streiten». Er selber will aber in Sachen EU und Rahmenvertrag lieber nicht reden und streiten und stattdessen Glanz und Gloria seines Präsidentsjahres geniessen – wie bei der Uno-Generalversammlung in New York. ○

Europa Musterknabe Die Schweiz setzt EU-konform um, was EU-Staaten ignorieren.

Der Waadtländer Regierungsrat Pierre-Yves Maillard war 2002 treibende Kraft beim erfolgreichen Referendum, den Schweizer Strommarkt EU-konform zu öffnen. «Ohne dieses erfolgreiche Referendum wären heute viele Schweizer Elektrizitätswerke wohl pleite», betont Maillard. Es war der Beginn der Offensive, die Schweiz näher an die EU heranzuführen. Die Bilateralen sind dabei nur die Spitze des Eisberges.

Nach den Pariser Terrorattacken 2015 hat die EU-Kommission beschlossen, den Zugang zu halbautomatischen Waffen zu erschweren und die Erwerbskontrollen zu verschärfen. Dem Schengen-Land Schweiz wurde eine Frist bis im Mai 2019 gesetzt, sich anzupassen – ohne Sicherheitsgewinn, so Experten. Im EU-Staat Tschechien steht keine einzige parlamentarische Partei hinter der neuen EU-Waffenrichtlinie.

Die Schweiz ist das EU-Musterland – jede Kleinigkeit aus Brüssel wird hurtig in Schweizer Recht gegossen, auch wenn wir



gar nicht dazu gehören. Wir halten die Maastricht-Kriterien zum Finanzhaushalt nicht mehr bloss ein, wie das Bundesrätin Doris Leuthard vor einigen Jahren bei einem Treffen dem damaligen EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso unter die Nase rieb. Wir vollziehen die maximale Schuldenhöhe von 60 Prozent des Bruttoinlandproduktes, selbst wenn wir gar nicht müssten. In der EU hielt sich fast kein Mitgliedsstaat daran.

Flüchtlingskrise 2015: Justizministerin Sommaruga reiste zu einem Treffen der EU- und Schengen-Staaten, versprach die freiwillige Übernahme von 1500 Asylsuchenden aus Italien und Griechenland. Die EU-Staaten Ungarn, Polen, Tschechien haben sich bisher nicht oder nur kaum an dieser Umverteilung beteiligt.

Was passierte wohl, wenn wir mit dem alles erfassenden Rahmenvertrag, einer vertraglichen EU-Verbundenheit, laufend zur Übernahme von neuen, nicht Schweiz kompatibler EU-Richtlinien gezwungen werden? «Endlich haben die Gewerkschaften und auch die Linken erkannt, was ein Rahmenvertrag auslösen kann», sagte SVP-Präsident Albert Rösti einmal. *Hubert Mooser*